

Politisches Geschehen

Perspektivlosigkeit setzt sich durch

Update zu den Entwicklungen nach der Erstellung des politischen Leitartikels dieses Heftes im Dezember 2008, Stand 15.07.2009

Von Dr. Karl-Heinz Krämer

Über die politischen Entwicklungen in Nepal lässt sich nur schwer berichten. Was man heute schreibt, ist in spätestens zwei Wochen schon wieder veraltet. Ursächlich hierfür ist vor allem das kontinuierliche Machtgerangel der Politiker und ihrer Parteien und die Verweigerung eines längerfristigen Konsenses im Interesse des Landes und seiner Bürger.

Im ersten Quartal nahm die politische Blockade der von den Maoisten geführten Regierung vehement zu. Nicht nur die vor allem vom Nepali Congress dominierte Opposition, sondern auch an der Regierung beteiligte Parteien belegten die auch als Parlament fungierende verfassungsgebende Versammlung mit einer Blockadepolitik; die so wichtige Ausarbeitung einer neuen Verfassung wurde zunehmend in den Hintergrund gedrängt. Die Maoisten wiederum ließen sich in dieser Situation immer häufiger zu eigenmächtigen Entscheidungen hinreißen, die nicht oder nur oberflächlich mit den Koalitionspartnern abgesprochen waren.

Weiter verschärfte die Krise durch die starre Haltung der Armeeführung um General Katawal. Diese widersetzte sich nicht nur der Integration der maoistischen Armee; eine Politik, die auch vom Nepali Congress und dem konservativen Flügel der CPN (UML) um K.P. Oli gestützt wurde, sondern sie erklärte sich auch als nicht an die Weisungen der Regierung gebunden. Selbst durch entsprechende Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs ließ sich die Armeeführung nicht von der Rekrutieren neuer Soldaten abbringen. Als kleine Zugabe boykottierte die Armee bei einer nationalen Sportveranstaltung alle Wettbewerbe, an denen PLA-Kämpfer teilnahmen, die sich seit fast drei Jahren in den Lagern langweilten.

Dies alles nahmen die Maoisten um Premierminister Pushpa Kamal Dahal zum Anlass, General Katawal Anfang Mai abzusetzen. Über die nachfolgende Diskussion über Sinn und Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme zerbrach die Regierung vollends. Trotz eines Boykotts der Kabinetsitzung durch die anderen Parteien beschloss die Regierung die Entlassung des obersten Generals. Am folgenden Tag macht Präsident Ram Baran Yadav (Nepali Congress) diese Entscheidung wieder rückgängig, was die Situation völlig eskalieren ließ.

Angesichts der Tatsache, dass die Ablösung General Katawals ohnehin im Herbst planmäßig anstand, muss man alle Beteiligten ernsthaft fragen, ob dieses ganze Theater wirklich notwendig war. Fest steht, dass sich Katawal wiederholt verfassungswidrig verhalten und erklärt hat, die Armee unterstehe nicht der Regierung. Abgesehen davon ist ohnehin auch nicht verständlich, warum er überhaupt in dieses höchste Armeeamt befördert wurde, obgleich er als vorherige Nummer 2 erhebliche Verantwortung für die zahlreichen Verbrechen der Armee in der Zeit des maoistischen Aufstands und des königlichen Putsches zu tragen hatte. Aus dieser Tatsache resultiert sicherlich auch die Weigerung, diese Verbrechen ernsthaft untersuchen zu lassen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Auch Vorwürfe einer Einmischung Indiens wurden erhoben. Anlass waren häufige Indienreisen konservativer Politiker in dieser Phase und wiederholte Kontakte des indischen Botschafters mit diesen Politikern. General Katawal hat eine fundierte Ausbildung beim indischen Militär erhalten und gilt der indischen Regierung als genehmer Armeechef.

Außerdem sieht auch Indien die Integration der ehemaligen maoistischen Kämpfer in die Armee als sehr kritisch.

Die Einmischung Präsident Yadavs stellt die ganze Affäre auf eine neue Stufe. Nach der Übergangsverfassung ist der Präsident Oberkommandierender der Armee, eine Funktion, die er vom abgesetzten Monarchen übernommen hat. Wie schon der einstige König Gyanendra, so ist jedoch auch Präsident Yadav an die Entscheidungen der Regierung gebunden; ein eigenständiges exekutives Recht steht ihm nicht zu.

Die Maoisten sprachen daher von einem Verfassungsbruch des Präsidenten und forderten seinen Rücktritt oder zumindest eine Rücknahme der Wiedereinsetzung des Armeechefs. Da er ohnehin nicht mehr über eine Mehrheit verfügte, trat Dahal vom Amt des Premierministers zurück. Die UCPN (Maoist) begab sich wieder auf die Straße. Neben zahlreichen landesweiten Protestmaßnahmen boykottierte die Partei bis Mitte Juli 2009 die verfassungsgebende Versammlung. Erst als die Haushaltspräsentation anstand, lockerte man den Boykott, beteiligte sich aber nicht wirklich an den Diskussionen im Parlament.

Die Formierung einer neuen Regierung wurde zu einem endlosen Drama. Zur Erinnerung: Die Maoisten verfügen im Parlament über einen Stimmenanteil von rund 38%. Die beiden nächststärksten Parteien, Nepali Congress und CPN (UML), haben gemeinsam nicht so viele Abgeordnete. Eine ganz knappe Mehrheit war nur unter Beteiligung des Madhesi People's Rights Forum (MPRF) und diverser kleiner Parteien möglich. Da alle genannten Parteien in sich wieder in diverse rivalisierende Gruppen aufgespalten sind, erwies sich die Bildung einer neuen Regierung als äußerst schwierig und ist bis heute noch nicht hundertprozentig abgeschlossen.

Insgesamt sind sage und schreibe 22 Parteien an der neuen Regierung beteiligt, die sich auch aus anderen Gründen die Frage nach der Legitimation gefallen

lassen muss. Die Leitung der Regierung liegt nicht beim Nepali Congress als der stärksten Partei, sondern bei der CPN (UML). Premierminister ist Madhav Kumar Nepal, bis April 2008 Generalsekretär der CPN (UML). Er trat seinerzeit von diesem Posten zurück, weil er in zwei Wahlbezirken deutlich verloren hatte. Erst vor wenigen Monaten wurde er per Nachnominierung Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung. Letzteres ändert aber nichts an der Tatsache, dass das Volk ihn eindeutig abgelehnt hatte. Es ist zumindest moralisch fraglich, warum er das Amt des Premierministers dennoch angetreten hat. Gleiches gilt für einige andere Minister des neuen Kabinetts, wie z.B. Sujata Koirala, die Tochter des alternden Vorsitzenden des Nepali Congress, die bei den Wahlen in ihrem Wahlkreis eine vernichtende Niederlage erlitten hatte.

Bereits jetzt ist das Kabinett das zweitgrößte in der politischen Geschichte Nepals, nur übertroffen von einem Kabinett Sher Bahadur Deubas (Nepali Congress) Mitte der 1990er Jahre, als die Abgeordneten einer extrem knappen Regierungsmehrheit (103 von 205 Parlamentsmitgliedern) durch reichhaltige Postenvergabe bei der Stange gehalten werden mussten. Ähnlich läuft es auch jetzt bereits an. So wurde beispielsweise das so unglaublich wichtige Wasser- und Energieministerium aufgeteilt, was zukünftige Abstimmungsprobleme und Kompetenzgerangel erwarten lässt.

Offen ist auch, welche Auswirkungen die jüngsten Entwicklungen auf das Schreiben einer neuen Verfassung haben werden. Ohne eine führende Rolle der 38% Abgeordneten der UCPN (Maoist) werden die dringend notwendigen revolutionären Veränderungen nicht möglich sein. Diese Partei hat nur deshalb so enorm viel mehr Stimmen als alle anderen Parteien vom Volk erhalten, weil letzteres nach zehn Jahren Bürgerkrieg und zwei Jahren Machtgerangel der traditionellen Parteiführer dies als Notwendigkeit erkannt hat. Tragisch ist, dass jetzt wieder jene Kräfte den Ton angeben, die durch ihre konstanten Machtkämpfe nach 1990 den Karren so richtig in den Dreck gefahren hatten.